„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.
"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Die „Nichtbriten" und die Wahlen

Nach verschiedenen Anzeichen zu schließen, scheint der einsetzende Dominionwahlkampf in Saskatchewan diesmal stark mit der Provinzialpolitik verquickt zu werden. Folglich muß man damit rechnen, daß die alten Ladenhüter des letzten Provinzialwahlkampfes wieder hervorgeholt werden. Aber die Situation ist heute insofern eine andere, als man die Segnung einer konservativen oder „kooperativen" Regierung doch in etwas anderem Lichte sieht wie vor einem Jahre. Damals glaubten manche guten Seelen in der Einfalt ihres Herzens noch, ein Regierungswechsel in Saskatchewan müsse doch eine herrliche Sache sein. Infolgedessen tat der Schlachtruf „Es ist Zeit für einen Wechsel!" seine Wirkung als zugkräftige Wahlparole. Der Wechsel kam, aber die herrlichen Zeiten blieben aus. Oder ist die Bevölkerung von Saskatchewan heute friedlicher gesinnt, zufriedener, glücklicher und wohlhabender? Haben die „Schulreformen" den Zündstoff beseitigt? Genießt die fremdgeborene und nicht englisch sprechende Bevölkerung noch die nämliche Freiheit wie zur Zeit der liberalen Regierung? Ist durch Straßenbauten und die Ausführung anderer öffentlicher Werke mehr Arbeits- und Verdienstgelegenheit geschaffen worden? Ein Unterschied ist allerdings zu verzeichnen: Andere Männer zieren die Ministersessel von Saskatchewan und Hunderte von neuen Angestellten sind an die Stelle der alten getreten.

Diese Lage muß man sich in aller Ruhe vor Augen führen, um die nachstehende Ausführung des konservativen Organs von Regina richtig beurteilen zu können:

„Eine starke Reaktion ist in vielen Wahlkreisen mit starken nichtbritischen Gemeinden zu beobachten, die im vorjährigen Provinzialwahlkampf Gardiner unterstützt hatten. Buchstäblich Hunderte von Leuten in diesen Wahlkreisen, die für Herrn Gardiner im Provinzialwahlkampf gestimmt hatten, sind zum konservativen Banner geströmt. Die Erklärung, die sie dafür geben, ist, daß sie stets glauben gemacht worden seien, daß eine nationale und religiöse Verfolgung dem Amtsantritt einer konservativen Regierung folgen werde. Zu ihrer angenehmen Ueberraschung bemerken sie, daß sie unter der Anderson-Regierung sogar ein größeres Maß von Freiheit erhalten haben, da sie nun frei von der Tyrannei des örtlichen politischen „Boß" sind, während alle ihre natürlichen Rechte gesichert sind. Sie wissen auch das Motiv der Regierung zu würdigen, die wünscht, daß ihre Kinder die vollkommenste Erziehung im Englischen erhalten sollen, um sie zu befähigen, mit den Kindern ihrer britischen Nachbarn um die Preise des Lebens unter gleichen Bedingungen in Wettbewerb zu treten."

Das schreibt ein Organ, das vor kurzer Zeit erst die Behauptung aufstellte, die Fremdgeborenen seien im Verhältnis zu ihrer Zahl um 400 Prozent mehr an schweren Verbrechen beteiligt als die eingeborenen Canadier. Wenn das auch die Auffassung von den Fremdgeborenen in jener Partei ist, die das betreffende Blatt in Regina vertritt, dann würde man sich doch verwundert fragen müssen, warum eigentlich so viele „Nicht-Briten" zum konservativen Banner „geströmt" sein sollen. Außerdem haben wir auch mit der Ablehnung der deutschen Rußlandflüchtlinge, mit dem Verbot des Religionsunterrichtes in deutscher Sprache, mit den Eingriffen in die Rechte der Schulräte usw. Erfahrungen gesammelt. Diese Verbote und Eingriffe riechen doch wahrlich nicht nach einem „größeren Maß von Freiheit". Im Gegenteil, der konservative Knüppel hat uns einen Schlag nach dem anderen versetzt. Wenn die Fremdgeborenen trotzdem noch nicht aufgewacht sein sollten, dann müßte es ihnen noch schlimmer ergehen, bis sie Freund und Feind voneinander klar unterscheiden können.

Gewiß kann man nicht von uns erwarten, daß wir noch demütigst und untertänigst die Hand küssen, die uns schlägt, oder daß wir noch mit einer tiefen, ehrfurchtsvollen Verbeugung jenen danken, die uns fortwährend auf die Hühneraugen treten. Folglich sollte man annehmen, daß eine große Phantasie dazu gehört, die Fremdgeborenen zu den Fahnen ihrer Gegner „strömen" zu sehen.

Die Nation als Erfinder

Ein amerikanischer Schriftsteller, hat sich die Mühe gemacht, eine Statistik aufzustellen, die ein Bild von dem Erfindungsreichtum der verschiedenen Nationen im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl ergeben soll. Zu diesem Zweck sind die einzelnen Nationen mit Zahlen versehen, die in ihrer Gesamtheit eine Skala für die Produktivität der Völker an Erfindungen ergeben.

Ziemlich an unterster Stelle steht Indien mit 0.5 und Rußland mit 0.6. Auch Japan, das Europas Wissenschaft und Technik übernommen hat, bringt es nach dem Amerikaner nur auf die Zensur 3 und wird damit sogar von Mexiko und Litauen übertroffen, die Nummer 4 erhalten, während Polen und Rumänien immerhin auf 5 kommen. Bei Bulgarien, Lettland, Griechenland und Jugoslawien ist das Verhältnis von patentierten Erfindungen zur Einwohnerzahl im allgemeinen ähnlich, während Argentinien in der Skala es auf 10 bringt. Südafrika auf 17, Spanien auf 21 und das begabte finnische Volk auf 40, und damit nahezu Italien mit 42 erreicht. Ungarn hat 68, die Tschechoslowakei 108, Australien 140 und die Vereinigten Staaten 160, womit sie von Belgien mit 180 schon übertroffen werden. Es folgen dann Großbritannien mit 188, Frankreich 195, Norwegen 229, Niederlande 233, Dänemark 236. Deutschland steht mit 271 etwas unter Oesterreich, was zum Teil auf dem ganz anders gelagerten Verhältnis von Stadt und Land beruhen mag. Schweden hat 299 und die Schweiz hält mit einem erstaunlichen Vorsprung mit 930 die Spitze der patentreichen Nationen.

Amerikan. Lob für Dr. Eckener

Hilfssekretär Ingalls von der amerikanischen Marine sprach sich begeistert über den Flug des „Graf Zeppelin" von Deutschland nach Südamerika aus.

Die bemerkenswerte neue Leistung des „Graf Zeppelin", der weite Strecken des Ozeans fast planmäßig überquert, erfüllt uns, die wir an den Zukunftsmöglichkeiten des Luftschiffs interessiert sind und daran glauben, mit großer Genugtuung," sagte der Sekretär.

„Dr. Eckener gebührt höchste Anerkennung, nicht nur wegen der großen technischen Geschicklichkeit, mit der er sein Schiff führt, sondern wegen seines sachgemäßen und wissenschaftlichen Studiums der günstigsten Routen für diese Art der Beförderung.

„Das Marine-Department erwartet vertrauensvoll seine sichere Ankunft in Lakehurst im Einklang mit seinem im voraus festgelegten Flugplan."

Weltumschau

Kanzler Brüning über Außenpolitik. Reichskanzler Heinrich Brüning sprach auf dem Jahresbankett der Vertreter des Verbandes der Auslandspresse in Berlin in Gegenwart von Zeitungskorrespondenten aus 27 verschiedenen Ländern über Deutschlands friedliche Absichten gegenüber anderen Nationen und über die Bestrebungen der Reichsregierung, eine weitgehende Abrüstung aller Länder herbeizuführen. Mit Betonung erklärte der Kanzler:

„Das deutsche Volk ist einig in der Erkenntnis, daß Deutschlands Wiedergeburt nur durch friedliche Zusammenarbeit mit allen Völkern erzielt werden kann. Alles, was diese friedliche Zusammenarbeit möglich macht oder erleichtert, wird stets unsere herzliche Beihilfe finden. Vor allem werden wir Maßnahmen unterstützen, darauf berechnet, den Frieden zu sichern.

„Deutschlands Außenpolitik geht von dem gleichen Grundsatz aus, der auf uns angewendet worden ist — nämlich, daß die beste Sicherheit für den Frieden in der Abrüstung liegt. Wir haben daher alle Bemühungen in dieser Richtung sympathisch verfolgt und wir hoffen, daß in nicht allzu ferner Zukunft größere Schritte nach dieser Richtung als bislang unternommen werden.

„Wir werden nicht aufhören, die Welt an die Beweggründe für Deutschlands Entwaffnung zu erinnern, dahingehend, eine Begrenzung der Rüstung aller Nationen möglich zu machen. Der Glaube an die Möglichkeit und Durchführbarkeit der Abrüstung wird niemals sterben. Die Interessen der ganzen Menschheit erheischen dies.

„Nur durch Erkennen dieses Zieles wird die Hoffnung der Nationen auf einen allmählichen Aufstieg aus dem wirtschaftlichen und sozialen Chaos des Krieges eine feste Grundlage erhalten und nur in solcher Weise wird der Geist wirklicher Versöhnung und gegenseitiger Verständigung triumphieren."

An die Weltpresse richtete Brüning einen Appell um Beistand bei dem Werke der internationalen Versöhnung. Er betonte, die Staatsmänner der Welt brauchen den Beistand einer unparteiischen Presse. „Staatsmänner können nur Probleme lösen, wenn sie auf der festen Grundlage einer öffentlichen Meinung ruhen, die sie aufrecht erhalten und sympathischen Widerhall im Auslande findet."

Der Pan-Europa Plan wurde von dem Reichskanzler als ein Versuch begrüßt, „auch auf diesem Wege die Lebenshaltung und die Existenz der Bewohner des europäischen Kontinents zu erleichtern und zu verbessern." Warnend fügte er hinzu, daß „jede weitgehende europäische Idee von der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit der einzelnen Nationen abhängt."

Als eine Hauptverrungenschaft seines Kabinetts bezeichnete Brüning die Tatsache, daß Deutschlands Finanzen in Ordnung gebracht sind. Dies bedeutet, daß das Vertrauen des Auslandes in unsere wirtschaftliche und politische Lage gestärkt werden wird." Im Anschluß hieran bemerkte der Kanzler, daß die „verzweifelte" Lage der deutschen Landwirtschaft Zollmaßnahmen nötig machte, die nicht überall im Auslande gebilligt würden, für die „wir jedoch ein wachsendes Verständnis gefunden haben." Dies war ein Hinweis auf die kürzlichen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Polen. Das Problem der Arbeitslosigkeit, sagte der Kanzler, werde demnächst in Angriff genommen werden.

Unter den Teilnehmern an dem Bankett waren Reichsaußenminister Dr. Julius Curtius und die Mehrzahl der anderen Mitglieder des Brüning-Kabinetts. Viele Diplomaten, unter diesen der amerikanische Botschafter Frederick Sackett, waren zugegen. Der päpstliche Nuntius für Deutschland, Cesare Orsenigo, zollte den ausländischen Korrespondenten Anerkennung als „die inoffiziellen Diplomaten, die dank der Macht ihrer Federn imstande sind, zur Verwirklichung zu bringen, was wir, eifrige Hüter von Geheimnissen, langsam und behutsam vorbereitet haben."

Sportführer bei Hindenburg. Die Delegaten zum Olympischen Kongreß in Berlin waren nach einer beschäftigten Sitzung, die sich mit den Vorbereitungen für die olympischen Spiele des Jahres 1932 in Los Angeles, befaßte, Gäste des deutschen Reichspräsidenten von Hindenburg bei einem Empfang im Garten des Präsidenten-Palais in der Wilhelmstraße. Präsident von Hindenburg war Gastgeber und sprach mit jedem Delegaten. Als ihm Avery Brundage, der Präsident der Amateur Athletic Union, als Chicagoer vorgestellt wurde, meinte Präsident von Hindenburg: „Das ist ja die Stadt, wo Hugo Eckener mit dem Geheul aller Fabriksirenen empfangen wurde."

Ueber eine Stunde unterhielt der Präsident sich mit den Gästen. Frau Julius Curtius, Gattin des deutschen Außenministers, war als Gastgeberin tätig. Eine Kapelle der Reichswehr lieferte die Musik. Später ging Präsident von Hindenburg von Tisch zu Tisch und plauderte jeweils kurze Zeit mit seinen Gästen.

In der Geschäftssitzung wurde der Vorschlag, der eine Bezahlung der Sportler für etwaigen Zeitverlust vorsah, niedergeschlagen. Ein Antrag Englands, den der Internationale Schwimmverband unterstützte, erklärte sich dagegen mit dem Bemerken, daß es gegen den Geist des Amateurismus sei. Der Programmausschuß wird empfehlen daß jede Nation für jede Konkurrenz vier Leute stellen kann, beim Wintersport dazu noch vier Reserven. Dem amerikanischen Ausschuß bleibt es überlassen, ob das Ringen griechisch-römisch oder Freistil sein soll. Gewichtheben bleibt im Programm.

Mussolini an die Arbeiter. Premier Mussolini hielt in Mailand eine Ansprache vor einer Versammlung von 150,000 Arbeitern. Er betonte, daß „Disziplin der arbeitenden Klassen, fest umwunden um das Symbol des Lictorenbündels, das Element ist, welches Italiens wirtschaftliche Lage über die anderer Länder emporhebt." Im Verlaufe seiner Ansprache sagte Mussolini weiterhin: „Ich fühle mich völlig beruhigt und sicher unter dieser Arbeitermasse. Es ist unnötig, hier aufzuzählen, was die faschistische Regierung für die Arbeiterschaft getan hat. Wir bedenken alle eure Interessen und alle eure Bedürfnisse, weil wir euch als Arbeiter und italienische Mitbürger lieben. Das Fest der Arbeit zeigt, wie das Regime die Arbeit und den Arbeiter achtet."

Nach der Ansprache überreichte Mussolini 20 Arbeitern und Arbeiterinnen den Orden „Stern der Arbeit". Alle, die in solcher Weise ausgezeichnet wurden, haben 50 Jahre und zwei 60 Jahre für die gleiche Firma gearbeitet.

Attentat auf Maltas Ministerpräsidenten. Ein vergeblicher Versuch wurde gemacht, Lord Strickland, den maltesischen Ministerpräsidenten, zu ermorden, als er gerade in das Berufungsgericht gehen wollte, um einen Fall gegen die nationalistische Partei Maltas zu hören. Drei Schüsse wurden auf ihn abgegeben, doch gingen sie alle fehl. Der Attentäter, der seinen Namen als Miller und sein Alter mit 38 Jahren angab, ist ein Nationalist und soll angeblich geborener Engländer sein. Er wurde im Jahre 1919 im Zusammenhange mit Unruhen verhaftet und wurde damals der Beschädigung einer britischen Flagge beschuldigt. Er hat nur einen Arm.

Der Ministerpräsident wurde von einem Polizeisergeanten begleitet und wollte gerade in das Gericht gehen, als der erste Schuß aus nur etwa sechs Fuß Entfernung abgegeben wurde. Die Polizei griff sofort ein und sprang auf Miller los, dessen andere Schüsse in die Luft gingen.

Republikan. Verfassung für Syrien. Frankreich gab seinem Mandatgebiet Syrien eine republikanische Verfassung, welche aber nicht den Staat Libanon einbegreift, der bereits eine Sonderrepublik ist. Die Verfassung ist die nämliche, welche jüngst der syrische Verfassungskonvent entworfen hat, mit dem Unterschiede jedoch, daß sich Frankreich ausdrücklich die Polizeigewalt und Aufrechthaltung der Ordnung in der neuen Republik, sowie die Bestimmung ihrer Außenpolitik vorbehält.

Der in Beirut stationierte französische Oberkommissär Ponsot proklamierte die neue Verfassung des Staates Syrien und wird demnächst Volksvertretungswahlen anberaumen, bei welchen alle im Besitz ihrer bürgerlichen Rechte befindlichen Staatsbürger Syriens, die älter sind als 20 Jahre, das Wahlrecht haben und ausüben können. Der Präsident der Republik Syrien wird für einen dreijährigen Amtstermin von der syrischen Abgeordnetenkammer erwählt werden. Er muß ein Bekenner des Islam sein, aber sonst sind in der Verfassung Religionsfreiheit, moderne Lebensführung und die Eigentumsrechte gewährleistet.

Es gibt also innerhalb des französischen Mandatsgebiets Syrien fortan zwei Staaten: die im Jahre 1927 konstituierte Republik Libanon und die neue Republik Syrien. Diese birgt wiederum drei bis zu einem gewissen Grade selbständige Gebiete in sich, darunter das Djebel Druse, dessen wilde Stämme den Franzosen vor einigen Jahren so viel zu schaffen machten. Libanon und Syrien werden zusammen eine Art Staatenbund unter einem Abkommen mit den Franzosen bilden, dessen Inhalt der französische Oberkommissär ebenfalls bekannt gegeben hat.

Indien vor dem brit. Unterhause. Im englischen Unterhause wurde die große Debatte über Indien von Wedgewood Benn, dem Staatssekretär für Indien, mit einem Plaidoyer für „Wiedergeburt der gegenseitigen Verständigung und Achtung zwischen dem britischen Mutterland und ihrem in Unruhe geratenen asiatischen Gebiet" eröffnet. Benn wurde häufig durch Zwischenrufe unterbrochen, auch von Mitgliedern seiner eigenen Partei, und zwar nicht nur von ihren roten, sondern auch von ihren regulären Mitgliedern.

„Was ist da die Pflicht der Arbeiterregierung?" war eine der Fragen, die einer von den Linkern stellte. „Die Pflicht der Arbeiterregierung," entgegnete Benn, indem er sich wütend umdrehte, „ist, die Regierung fortzuführen."

In seiner Rede gab Benn einen langsichweifigen Rückblick auf die jüngsten Aufruhrvorgänge in Indien und behauptete: „Trotz dieser ganzen Reihe von Vorkommnissen geht die große Mehrheit der Bevölkerung Indiens nach wie vor friedlich ihren gewohnten Lebensbeschäftigungen nach, im freudigen Genuß der Segnungen einer feststehenden, geregelten Regierung." Der nächste Schritt, sagte er, sei die Konferenz am grünen Tisch zwischen den Briten und tonangebenden Indern in London, deren Eröffnung für den 20. Oktober angesetzt sei.

Sodann nahm der Redner Stellung gegen die Denkungsweise derjenigen seiner Landsleute, welche Indien nur als Absatz- und Ausbeutungsgebiet britischer Interessen ansehen. „Wenn eine solche Ansicht," sagte er, „hierzulande allgemein sein würde, dann wären die Tage des Britenreiches gezählt. Welche moralische Berechtigung könnte es für ein Reich geben, das auf dem Grundsatz der Ausbeutung einer Rasse durch die andere aufgebaut wäre?"

Zum Schluß sagte Benn, das Grausamste und Bösartigste, das jetzt auf der einen oder anderen Seite geschehen könnte, wäre Aufhetzung zur Erbitterung und Haß. „Lange Jahre," rief er aus, „sind unsere beiden großen Länder zu beiderseitigem Wohlbefinden mit einander verwebt gewesen. Ist es da zu viel, zu hoffen, daß die Erbitterung ausgestoßen werde und die Zukunft eine Wiedergeburt gegenseitiger Verständigung und Achtung bringen möge?"

Dominion Indien gefordert. Der Verband der ind. Handelskammern und Industriellen hat sich infolge der drohenden Auflösung des indischen Geschäftslebens, wie sie durch die Gandhische Unabhängigkeitsbewegung herbeigeführt worden ist, veranlaßt gesehen, sich mit der Aufforderung an den Vizekönig Lord Irwin zu wenden, dem Lande das Versprechen zu geben, daß ihm unverzüglich der Dominium-Status verliehen wird. Nur durch die Gewährung des Dominium-Status, sagt der Verband von 22 wichtigen Handelsorganisationen, kann der Friede wieder hergestellt werden. Es wäre verfehlt, heißt es weiter in der Kundgebung, auf einen Zusammenbruch der vor mehr als zwei Monaten von Mahatma Gandhi begonnenen Bewegung zu hoffen. „Nur zwei Wege stehen offen, entweder mit Gewalt zu regieren oder aber versöhnend vorzugehen."

Als ob es der Unruhen im fernen Indien, der Unruhe in Aegypten nicht genug wäre, sieht sich die britische Regierung plötzlich auch einer ernsten Lage in Malta, dem eigentlichen Stützpunkt der englischen Flotte im Mittelmeer, gegenüber. Dazu kommt, daß die Südafrikanische Union durch ihre gesetzgebende Körperschaft sich ausdrücklich zu dem Prinzip bekannt hat, eine eventuelle Lostrennung vom Mutterland sei für sie als Dominion ihr gutes angestammtes Recht, das ihr weder vom britischen Parlament noch von der Reichskonferenz streitig gemacht werden könne.

Amerikanische „Zivilisation". Eine große Menschenmenge brannte in Sherman, Texas, das Kreisgericht von Grayson County nieder, wobei der Neger George Hughes eingeäschert wurde, den die Leute vorher den Beamten zu entreißen versucht hatten. Hughes, der sich kurz vorher der Vergewaltigung einer weißen Frau schuldig bekannt hatte, starb im Keller des Gerichtes, wohin er von Staatspolizei und städtischen Beamten gebracht worden war, als die Menge das Gericht stürmte und seine Auslieferung verlangte.

Dreimal wurde die Menge von den Beamten zurückgeworfen, die dabei Tränengas-Bomben und Gummiknüppel benutzten, ohne indessen von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Vorher war ein Versuch fehlgeschlagen, das Gericht mitsamt dem Neger in die Luft zu sprengen.

Die Leiche des Negers lag unter den Ruinen des Gerichtsgebäudes, dessen Bau $60,000 gekostet hatte. Fünf junge Leute wurden bei den Unruhen verletzt.

Der Sprößling

(Die neue Regierung)

Welch ein Jubel, welche Freude, wenn dem jungen Ehepaare
Wird der erste Sproß geboren! Noch viel größer, wenn die Jahre
Schon bedenklich vorgeschritten, und nach langem, bangem Hoffen,
Fast verzweifelnd, das Ersehnte endlich einmal eingetroffen!

Solch ein Ding ward auch geboren letztes Jahr vor Sonnenwende,
Und der Jubel der Beglückten nahm, begreiflich, gar kein Ende.
Wird ja steif und fest behauptet, daß ein solcher Spätgebor'ner
Weiser, klüger, voll des Geistes, kurz gesagt: Ein Auserkor'ner.

Onkel, Vettern, Basen, Tanten kamen her von nah' und ferne,
Freundschaftstrunken, lobesschwanger, huldigend dem neuen Sterne.
Was wird wohl der kleine Schreier — ist er auch so wie die Meisten —
Uns noch bringen? Nur ein Schreier? Oder wird er Beß'res leisten?

Jetzt ein unbeschrieb'nes Blättchen, wird die nahe Zukunft zeigen,
Ob das vielbestaunte Wesen alle Kritik bringt zum Schweigen,
Ob es steht auf Seite derer, die so gern mit ihm liebäugten,
Ob sich jene einst noch schämen, die es ehedem gezeugten.

Würde herzlich Mitleid fühlen — Niemand wird mir solches ahnden —
Mit den Zeugern wie den Größen, die ihm zu Gevatter standen.
Macht die ersten Gehversuche, noch nicht standfest auf den Beinen,
Hat gedämpft die großen Freuden seiner Zeuger, will mir scheinen.

Skeptiker erhoffen wenig aus der Frucht der Mischlingsehe,
Sollen doch die Fehler Beider sich verpflanzen Dann, O wehe!
(Bemerk'g: Mischlingsehe: Konserv. u. Kluzer.)

Fritz Gradaus.

Danzig und Gdingen

Polen sucht Danzigs Hafen zu überflügeln

Der Schwerpunkt der see- und hafenpolitischen Bestrebungen Polens gipfelt ganz unverkennbar darin, sich im Hafen von Gdingen eine spezifisch nationale Basis zu schaffen. Von diesem Grundsatz ist auch die polnische Handelspolitik getragen, die in einer systematischen Ablenkung des Umschlagsverkehrs vom Danziger nach dem Gdinger Hafen ihren Niederschlag findet.

Gewiß läßt sich nach dem jetzigen Intensivitätsgrad des polnischen Warenverkehrs, der längst noch nicht vollendeten hafentechnischen Ausrüstung Gdingens und nicht zuletzt der betriebswirtschaftlichen und technischen Ueberlegenheit Danzigs eine gewisse Arbeitsteilung zwischen diesen beiden, der polnischen Volkswirtschaft dienstbaren Seehäfen nicht in Abrede stellen. Ebensowenig kann aber bezweifelt werden, daß Gdingen angesichts der Ausmaße seines Bassins und der geplanten Einrichtungen früher oder später einen Kampf um die Führerrolle unter den Ostseehäfen austragen wird und daß die jetzige Arbeitsteilung mit Danzig nur eine Frage der Zeit ist. Die Zielsetzung der polnischen Hafen- und Handelspolitik geht sogar so weit, die Umschlagskapazität Gdingens nach Fertigstellung der Hafeneinrichtungen sowie der damit verbundenen Baulichkeiten und Organisationen auf 8—9 Millionen Tonnen zu heben, wodurch Gdingen in die erste Reihe der europäischen Häfen rücken würde.

Seinen unnatürlichen, aber deshalb nicht weniger raschen Aufschwung verdankt Gdingen der ungewöhnlichen Förderung und Investierungsfreudigkeit der polnischen Regierung die keine Mittel scheut, um sich in geradezu beneidenswertem Tempo von den Ost- und Nordseehäfen zu emanzipieren.

Nach den Aus- und Einfuhrzahlen der Monate Januar-Februar 1930 erreicht Gdingen etwa 1/3 des jetzigen Umsatzes von Danzig und übersteigt bei weitem Königsberg und Stockholm. Trotz Rückgangs der polnischen Gesamteinfuhr stieg der Güterumschlag über Gdingen im Januar-Februar von 12,970 Tonnen auf 42,952 Tonnen, wogegen die Umschlagsziffer der polnischen Einfuhr über Danzig von 302,467 Tonnen auf 130,925 Tonnen sank.

Ganz ähnlich liegen die Dinge im Hinblick auf die Ausfuhr. Die seewärtige Ausfuhr über den Gdingerhafen stieg im Januar-Februar von 233,605 Tonnen auf 485,187 Tonnen, wogegen Danzig seinen seewärtigen Umschlag in gleicher Zeit nur von 1,115,750 Tonnen auf 1,382,862 Tonnen steigern konnte.

— Der „Oelkönig" Japans, Kanichi Nakano, starb im Alter von 82 Jahren. Vor 22 Jahren war er ein armer Bauer. Eines Tages grub er sich einen Brunnen in der Nähe seiner Hütte, da wurde er plötzlich aus dem engen Schacht durch ein Oel-„Gusher" emporgetrieben. Ueber Nacht war er zum Millionär geworden.

Die ungarische Bewegung gegen das Diktat von Trianon

Der am 4. Juni 1920 unterzeichnete Vertrag von Trianon ist an Härte und Grausamkeit ein würdiger Bruder des Diktats von Versailles, die Verstümmelung Ungarns eine der augenfälligsten der Weltgeschichte. Ungarn verlor fast drei Viertel seines Umfanges und drei Fünftel seiner Bevölkerung. Der nördliche Teil kam an die Tschechoslowakei, der südöstliche (Siebenbürgen) an Rumänien, der südliche an Jugoslawien, das kleine Gebiet des Burgenlandes im Westen an Oesterreich. Wenn auch das alte Ungarn kein reiner Nationalstaat war, Deutsche, Rumänen, Ruthenen, Kroaten und Serben einschloß, so bildete es doch historisch und geographisch eine tausendjährige Einheit. Eine reine Verwirklichung des Nationalitätenprinzips ist im Donautal unmöglich. So hat denn die Härte des Geschicks, das Ungarn betroffen hat, eine starke Gegenbewegung ausgelöst, deren Einheitlichkeit und Geschlossenheit vorbildlich ist, nicht zum wenigsten für uns Deutsche. In der Reparationsfrage, im ungarisch-rumänischen Optantenstreit hat diese Entschiedenheit auch kürzlich greifbare Erfolge errungen. Die von der Ungarischen Revisionsliga verbreiteten Propagandaschriften sind ausgezeichnet. Auf dem Parlamentsgebäude in Budapest weht zu den Tagesperioden die Landesflagge auf Halbmast. Jeder Ungar grüßt auf dem Freiheitsplatz in Budapest den Gedenkstein, in dessen Sockel sich Erde aus den abgetretenen Gebieten befindet und jeder Ungar gibt seiner Nichtanerkennung des Diktats von Trianon Ausdruck durch sein: „Nem! Nem! Soha" — Nein, Nein, Niemals!

In der soeben erschienenen Nummer 10 vom 15. Mai der Zeitschrift des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände („Der Weg zur Freiheit") gibt das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Arbeitsausschusses Dr. h. c. Hans Draeger einen aufschlußreichen Ueberblick über diese ungarische Bewegung gegen das Diktat von Trianon, aus deren Geschlossenheit die Deutschen sehr viel lernen können. Im gleichen Heft setzt sich Dr. Berthold Widmann mit dem vor kurzem zur belgischen Hundertjahrfeier herausgekommenen Buch „La Patrie Belge 1830—1930" auseinander, das bedauerlicherweise von ungerechtfertigten Angriffen gegen das deutsche Volk strotzt. Ferner werden die Erörterungen abgedruckt, die in Kammer und Senat in Frankreich den „Neuen Plan" betreffen und die hinsichtlich der Sanktionsfrage und der Kontrolle im Rheinland manches enthalten, das die größte Aufmerksamkeit erfordert.

Die zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift ist zum Bezugspreis von 1 Mark monatlich durch den Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, Berlin, N.W. 7, Schadowstr. 2, zu beziehen.

— Glücklichsein ist das unbewußte Selbstzeugnis eines guten Menschen.

— Für die meisten Menschen gibt es auf der Fahrt nach dem Glück keine Station, die „Rücksicht" heißt.

Was kostet die Kleidung der Varietesterne?

Ein Pariser Gericht hatte sich kürzlich mit der Frage zu beschäftigen, welchen Betrag gut bezahlte Varieteetänzerinnen von ihrem Gehalt für ratenweise Begleichung ältere rechtskräftiger Ansprüche locker machen müßten. Zwei Schwestern hatten wegen Vertragsbruchs eine Schuld von 25,000 Frank abzutragen, und das Gericht entschied, daß sie von den 12,000 Frank ihrer monatlichen Gage jedesmal die Hälfte abgeben sollten. Der Einspruch der Schuldnerinnen, diese Regelung sei für sie schon deshalb nicht tragbar, weil sie neben einer täglichen Ausgabe von 20 Frank für Schminke im Monat 2000 Frank für Kostüme anlegen müßten, fand kein Gehör bei den Richtern. Diese waren vielmehr der Ansicht, daß den Tänzerinnen die lediglich aus Andeutungen bestehende Kostümierung so gut wie gar keine Kosten verursache und sie deshalb ohne Schwierigkeit 6000 Frank im Monat zahlen könnten.